

**Fragestunde  
gemäß § 48 der Geschäftsordnung  
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
am 02.07.2020**

<b>Nr. 268</b>	<b>Urban Eger SPD</b>  Dez. V z.w.V.	<p>Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 200 vom 23.05.2019 wurde der Magistrat beauftragt, unter Zuhilfenahme des Hessischen Städte- und Gemeindetages, eine Fragestellung für das geplante Vertreterbegehren zu beauftragen. Darüber hinaus ist ESWE Verkehr in dieser Frage tätig geworden und hat zwei weitere Varianten entwickelt.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1) Sind durch die Leistung des Städtetages Kosten für die Landeshauptstadt Wiesbaden oder eine ihrer Gesellschaften entstanden? Wenn ja, wie hoch ist der aufgewendete Betrag?</li> <li>2) Sind bei der Erstellung der Fragestellungen durch ESWE Verkehr Kosten für die Landeshauptstadt Wiesbaden oder eine ihrer Gesellschaften entstanden, z.B. durch eine externe juristische Beratung? Wenn ja, wie hoch ist der aufgewendete Betrag?</li> </ol>
<b>Nr. 246</b>	<b>Jörg Sobek L&amp;P</b>  Dez. I z.w.V.	<p>Seit 2017 wird im Ortsbeirat Bierstadt über die Aufstellung einer öffentlichen Bücherbox beraten. Der Ortsbeirat hat sich für die Aufstellung ausgesprochen und Mittel für die Anschaffung freigegeben. Das Volksbildungswerk Bierstadt e.V. hat sich bereitgefunden, die Bücherbox zu beaufsichtigen. Gegenwärtig ist sie jedoch eingelagert, weil keine Einigung über das vom Tiefbau- und Vermessungsamt geforderte jährliche Nutzungsentgelt von 200,- EUR erzielt werden konnte.</p> <p>Dem Vernehmen nach wurde im Rahmen der Sitzung des Oberbürgermeisters mit den Ortsvorsteher*innen am 01.11.2019 über Gestattungsverträge für öffentliche Bücherschränke gesprochen. Danach sei geplant, die Verträge zu vereinfachen und die Gebühren für gemeinnützige Organisationen wegfallen zu lassen.</p> <p>Daher frage ich den Magistrat, zu welchem Ergebnis die Prüfung gekommen ist und ab wann die Neuregelung in Kraft tritt.</p>

<p><b>Nr. 250</b></p>	<p><b>Wolfgang Gores CDU</b></p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>Stillstand am Zollspeicher. Seit Jahren stört der Zollspeicher das Ortsbild von Biebrich. Kommt man am Rhein entlang, fällt der Blick zuerst aufs Schloss und als zweites auf den heruntergekommenen Zollspeicher. Die Hoffnungen, dass dort nach dem Verkauf Wohnungen entstehen, haben sich nicht erfüllt. Nun passiert schon seit längerer Zeit nichts mehr.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Welche Schritte hat die Stadt mit welchem Fortgang seit dem Beschluss der StvV vom 15.03.2018 das Wiederkaufsrecht auszuüben erzielt? - um eine chronologische Darstellung wird gebeten Was ist der aktuelle Sachstand? Welche Vorschläge kann der Magistrat unterbreiten um die Gesamtproblematik Zollspeicher - Stillstand und fortwährender Verfall - schnellstmöglich zu lösen?</p>
<p><b>Nr. 223</b></p>	<p><b>Ronny Maritzen Grüne</b></p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>In der Presseberichterstattung zum Nahversorgungsgrundstück Gückelsberg ist das Stadtplanungsamt mit der Aussage zitiert, dass zwar mit der Firma Carrier bisher keine Einigung erzielt wurde, aber man weiter an einer direkten Fußverbindung nach Alt-Kostheim arbeite.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Kann der Magistrat heute zusichern, dass die entsprechende Anschlussstelle auf dem Nahversorgungsgrundstück Gückelsberg bereits mit der Baumaßnahme hergestellt oder zumindest freigehalten wird, sodass im Falle einer etwaigen zukünftigen Änderung auf der Carrier-Seite hier keine Hürden mehr auf der Seite des Nahversorgungs-Grundstücks auftauchen können?</p>
<p><b>Nr. 203</b></p>	<p><b>G. Schuchalter- Eicke Grüne</b></p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Im Februar wurde in der Presse berichtet, dass sich die Carnevalsgesellschaft „Fidele Elf“ die Durchführung der „Großen-Gala-Prunksitzung“ angesichts der Kosten von bis 30.000 Euro nicht mehr leisten könne. Diese Veranstaltung habe laut Presse jahrelang in den Rhein-Main-Hallen stattgefunden, bevor die Carnevalsgesellschaft abrisssbedingt in das Kurhaus ausgewichen war.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Welche Wiesbadener Vereine haben in den letzten 5 Jahren vor dem Abriss die Rhein-Main-Hallen für ihre Veranstaltungen genutzt? Nach welchem Schlüssel werden die Raummieten erhoben und berechnet? Handelt es sich dabei um Preise je m<sup>2</sup> oder um Festpreise pro Raum? Würde dabei ein Verein wie die „Fidele Elf“ gleichbehandelt wie z.B. der Automobilclub ADAC werden? Ist eine Staffelung der Mietpreise möglich, welche die finanzielle Leistungsstärke der Kunden berücksichtigt?</p>

		Falls ja, wäre eine Staffelung in Anlehnung an die Anzahl der Mitarbeiter*innen oder der Vereinsmitglieder denkbar?
<b>Nr. 253</b>	<b>R. Kienast-Dittrich</b> <b>CDU</b>  Dez. V z.w.V.	<p>Der Kletterwald auf dem Neroberg erfreut sich in den warmen Jahreszeiten großer Beliebtheit. Eine Konsequenz davon ist die angespannte Parkplatzsituation. Zwar gibt es ein paar Stellplätze am Kletterwald, jedoch reichen diese gerade an Tagen mit schönem Wetter nicht aus. Hier könnten öffentliche Verkehrsmittel weiterhelfen, wie z. B. durch den Einsatz von Kleinbussen (FGS bereitet einen Antrag vor).</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Gibt es Möglichkeiten, mehr Parkplätze zur Verfügung zu stellen?</li> <li>2. Welche Chancen sieht der Magistrat den Kletterwald zusätzlich zur Erreichbarkeit mit der Nerobahn durch den ÖPNV, ggf. auch durch Zuhilfenahme von Kleinbussen, besser anzubinden?</li> </ol>
<b>Nr. 254</b>	<b>Sibel Güler</b> <b>SPD</b>  Dez. II z.w.V.	<p>Seit Dezember 2019 fanden mehrere großangelegte Razzien in Hessen gegen die rechtsextreme Szene statt. Allein im vergangenen halben Jahr wurden laut dem Hessischen Innenministerium mehr als 30 Straftäter der rechtsextremen Szene in Hessen festgenommen.</p> <p>Aktuell haben im Zuge des Verbots der rechtsextremen Gruppe „Combat 18“ („C18“) durch das Bundesinnenministerium im Januar diesen Jahres erneut bundesweite Razzien stattgefunden, einige auch in Hessen. Nach der Einschätzung der Sicherheitsbehörden richtet sich die Vereinigung „Combat 18“ gegen die verfassungsmäßige Ordnung, „da sie mit dem Nationalsozialismus wesensverwandt ist“.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Haben im Zuge der hessenweiten Razzien in der rechtsextremen Szene im Januar 2020 Einsätze in Wiesbaden stattgefunden?</li> <li>2. Ist dem Magistrat bekannt, ob die Vereinigung „Combat 18“ Netzwerke in Wiesbaden und naher Umgebung pflegt (bspw. über Netzwerktreffen, Meetings in Wiesbadener Vororten, Veranstaltungen mit einem Konzertcharakter).</li> </ol>
<b>Nr. 269</b>	<b>Simon Rottloff</b> <b>SPD</b>  Dez. VI z.w.V.	<p>Nach Berichterstattung des Hessischen Rundfunks vom 12.06.2020 sind mehrere Kitas des Arbeiter-Samariter-Bundes im Rheingau und in Wiesbaden in einem baulich desolaten Zustand. In Wiesbaden sei die Kita Wurzelgarten in Naurod betroffen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Welche baulichen Mängel haben bestanden und wie sind diese entstanden?</li> </ol>

		<ol style="list-style-type: none"> <li>2. Wie hoch waren die Sanierungskosten?</li> <li>3. Wer hat die Sanierungskosten getragen?</li> <li>4. Hat sich die Stadt direkt oder indirekt an den Sanierungskosten beteiligt?</li> </ol>
Nr. 258	<b>Dr. Reinhard Völker</b> <b>CDU</b>  Dez. V z.w.V.	<p>Bürgermeister Dr. Franz hat in seiner Funktion als Ordnungsdezernent dem Magistrat bereits 2017 ein Konzept zum Schutz der Innenstadt gegen illegales Befahren vorgelegt. Es zielt darauf, belebte Passagen wie die Fußgängerzone, den Schloßplatz, das Dern'sche Gelände sowie zentrale Veranstaltungsflächen wie die Wilhelmstraße, das Kurhaus und das RheinMain CongressCenter durch geeignete Sperrvorrichtungen, z.B. versenkbare Poller, gegen Amokfahrten zu sichern. Die Erarbeitung dieses Konzeptes war vom Haupt- und Finanzausschuss im Februar 2017 beschlossen worden.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Wie ist der Sachstand bezüglich der Umsetzung für die Errichtung der dringend benötigten Sicherheitspoller?</p>
Nr. 260	<b>Sibel Güler</b> <b>SPD</b>  Dez. V z.w.V.	<p>Die südostasiatische Tigermücke gilt als potentielle Überträgerin verschiedener Krankheitserreger wie bspw. von Gelbfieber-, Zika- und West-Nil-Viren. Die Population der Tigermücken wurde im Rahmen eines bundesweiten Stechmücken-Monitorings auch in Wiesbaden nachgewiesen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Finden seitens des Grünflächenamtes regelmäßig Kontrollen in städtischen Grünanlagen und auf Friedhöfen statt, die den Nachweis der Tigermücke und deren Eier erbringen?</li> <li>2. Welche Vorkehrungen werden getroffen, um Nistplätzen der Mücke in angesammelten Wasserstellen, wie bspw. in Blumentöpfen, Untersetzern und Brunnenbecken bspw. auf Friedhöfen entgegenzuwirken?</li> <li>3. Findet ein regelmäßiger Informationsaustausch zwischen den Städten, Landkreisen und dem Hessischen Sozialministerium, sowie mit Forschern der Senckenberg-Gesellschaft und der Goethe-Universität in Frankfurt statt?</li> </ol>
Nr. 261	<b>Thomas Preinl</b> <b>LKR&amp;ULW</b>  Dez. V z.w.V.	<p>Das Oberlandesgericht hat es für unzulässig erklärt, dass der ruhende Verkehr durch private Dienstleister kontrolliert wird.</p> <p>Die Presse berichtet, dass in Wiesbaden Beschäftigte des Dienstleisters Securitas Mitarbeiter des Straßenverkehrsamtes unterstützen. Sie kontrollierten, ob Autos vorschriftswidrig abgestellt wurden.</p> <p>Daher frage ich den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>I. Über welchen Zeitraum wurde Securitas beauftragt und wie hoch war die Anzahl der eingesetzten Mitarbeiter?</li> <li>II. Welche Kosten sind durch die Beauftragung insgesamt entstanden?</li> </ol>

		<p>III. Wie viele Verwarnungen wurden durch Securitas-Mitarbeiter insgesamt ausgestellt?</p> <p>IV. Wie hoch ist die resultierende Summe der Verwarnungsgelder?</p> <p>V. Müssen eingezogene Verwarnungsgelder zurückgezahlt werden, da die Mitarbeiter nicht berechtigt waren Verwarnungen auszusprechen? Wie hoch ist die Summe?</p> <p>VI. Wie und wann wird die Personallücke geschlossen? Welche Kosten sind damit verbunden? Wie hoch ist die Differenz zur „Securitas-Lösung“?</p>
Nr. 262	<p><b>Nadine Ruf</b> SPD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Die ersten zehn E-Busse wurden Ende 2019 im Stadtgebiet in Betrieb genommen. Schrittweise sollen in den nächsten Jahren alle ESWE-Busse mit alternativen Antrieben unterwegs sein und mit Strom aus regenerativen Quellen versorgt werden. Neben der klimaneutralen Bilanz des Wiesbadener ÖPNVs sollen sie auch wesentlich leiser sein.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie viele E-Busse sind derzeit schon in Betrieb gegangen und wie viele werden wann folgen?</li> <li>2. Welche strukturellen und praktischen Erkenntnisse gibt es bezüglich dem Um- und Ausbau der Ladeinfrastruktur, der tatsächlichen Streckenreichweite der E-Busse, CO<sup>2</sup>/Diesel-Einsparungen und dem Stromverbrauch aus regenerativen Quellen.</li> <li>3. Wie laut bzw. wie leise sind die Elektrobusse in der Praxis im Vergleich zu den vorhandenen Dieselnissen und kann der Einsatz der Elektrobusse im Nachtlinienverkehr einen Beitrag zur nächtlichen Verkehrslärmreduzierung leisten?</li> <li>4.</li> </ol>
Nr. 210	<p><b>Anita Hebenstreit</b> SPD</p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>Die handelsüblichen Glascontainer bereichern keineswegs das Stadtbild. Sie nehmen viel Platz weg und verursachen Lärm - vor allem, weil sie oft außerhalb der vorgeschriebenen Zeiten genutzt werden. Sie sind also oft ein Ärgernis für die Menschen in ihrer Umgebung. Dass es auch anders geht, beweisen Städte wie Frankfurt am Main und Bad Homburg. Insbesondere, wenn Plätze neu gestaltet werden, werde in Frankfurt am Main der Einsatz der sogenannten „Unterflurglascontainer“ umgesetzt. Auch in Bad Homburg hat der Magistrat nach einer einjährigen Probephase beschlossen, weitere Unterflurcontainer einzusetzen. Diese Container bieten diverse Vorteile: geringerer Platzbedarf und weniger Lärm, da der Aufprall des eingeworfenen Altglases unter der Erde stattfindet. Und schließlich ist der Anblick auch ästhetischer.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Wie steht es um die Einrichtung unterirdischer Glascontainer (Unterflurglascontainer) zur Vermeidung von Lärm und zur Verbesserung des Stadtbildes</p>

<p>Nr. 266</p>	<p><b>Eberhard Seidensticker</b>  <b>CDU</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Am Hans Römer Platz in Schierstein soll eine lebensgroße Bronzefigur des Scheerstaaner Stifterabbelers aufgestellt werden. Hierfür haben die Schiersteiner Bürger über 30.000 € gespendet. Die Skulptur selbst ist mittlerweile fertiggestellt. Geplant war, dass die Stadt Wiesbaden Eigentümer der Figur werden soll. Leider verzögert sich die Aufstellung immer weiter, weil das Tiefbauamt auf einem Gestattungsvertrag besteht, was jedoch von Seiten der Initiative abgelehnt wird.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Worin bestehen die Schwierigkeiten bei der Genehmigung zur Aufstellung der Statue und wie beabsichtigt der Magistrat diese zu lösen?</li> <li>2. Wann können die Schiersteiner mit einer Genehmigung rechnen?</li> <li>3. Welche Alternativen sieht der Magistrat zu Gestattungsverträgen, die für den Initiator juristisch kaum zu überblicken sind und daher keinen praktikablen Weg darstellen?</li> </ol>
<p>Nr. 267</p>	<p><b>Dr. Hans-Achim Michna</b>  <b>CDU</b></p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>In der wöchentlichen Telefonkonferenz des Sozialausschusses am 13. Mai 2020 wurde die Problematik der Quarantäneverweigerer im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 thematisiert. Im konkreten Zusammenhang ging es um drei Personen, die trotz Aufklärung mehrfach gegen die Quarantänevorgaben verstoßen haben.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Welche Kosten entstehen für die Stadt Wiesbaden durch zwangsweise Absonderung auf Basis eines richterlichen Beschlusses pro Person/Unterbringung?</li> <li>2. Im Falle des Verstoßes gegen Quarantänevorgaben besteht die Möglichkeit der Gefährdung anderer. Wie groß schätzt der Magistrat dies grundsätzlich und in den konkreten drei Fällen ein?</li> <li>3. Welche Maßnahmen sieht der Magistrat als geeignet an, die <b>Gefährdung</b> der Bevölkerung möglichst gering zu halten und andererseits die Kosten für eine zwangsweise Quarantäne gering zu halten?</li> </ol>
<p>Nr. 263</p>	<p><b>Stephan Belz</b>  <b>SPD</b></p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Gemäß der Richtlinien zur Beteiligung der Ortsbeiräte entscheiden diese auch über die Neu- und Umbenennung von Straßen, Plätzen und öffentlichen Einrichtungen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1) Wie viele Neubenennungen von Straßen und öffentlichen Einrichtungen wurden in den letzten 4 Jahren vorgenommen.</li> <li>2) Wie viele Umbenennungen von Straßen und öffentlichen Einrichtungen wurden in den letzten 4 Jahren vorgenommen.</li> </ol>

		Der Magistrat wird um eine nach Straßen und öffentliche Einrichtungen getrennte Antwort gegeben.
<b>Nr. 255</b>	<b>Joachim Tobschall</b> <b>SPD</b>  Dez. II z.w.V.	<p>Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat nach der steigenden Zahl von Erkrankungen durch den Coronavirus-Ausbruch einen internationalen Gesundheitsnotstand ausgerufen.</p> <p>Zwar hat sich in Wiesbaden der Verdachtsfall einer Infektion am 29.01.2020 nicht bestätigt, in Frankfurt werden allerdings erste Virusinfektionen bekannt gegeben.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Welche Maßnahmen übernimmt das Gesundheitsamt als öffentliche Gesundheitsbehörde, wenn ein Verdachtsfall einer Infektion mit dem Coronavirus festgestellt wird?</li> <li>2. Welche Maßnahmen würden im Fall einer Epidemie eingeleitet werden?</li> <li>3. Welche Organisationen und Einrichtungen des Gesundheitswesens und des Katastrophenschutzes würden an solch einem Masterplan beteiligt werden?</li> <li>4. Wie würde sich eine regionale Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und Landkreisen im Fall einer Epidemie darstellen?</li> </ol>